

Gemeinde Senden

Der Bürgermeister

48308 Senden, 14. Dez. 2023

Sitzung des Rates der Gemeinde Senden am 14. Dez. 2023;

TOP Ö 21 Haushaltsplan der Gemeinde Senden für das Jahr 2024;

Einbringung des Entwurfs der Haushaltssatzung für das Jahr 2024

Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Welt ist in Aufruhr! Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine, das schreckliche Massaker der Hamas an der israelischen Zivilbevölkerung und auch der bereits seit vielen Jahren andauernde (fast schon in Vergessenheit geratene) Krieg in Syrien haben tiefe und bleibende Spuren hinterlassen. Der dauernde Ausnahmezustand von Corona-Krise, Flüchtlingskrise, Energiekrise, Haushaltskrise, Wohnungskrise und, und, und ... hat uns als Wort des Jahres 2023 das Wort „Krisenmodus“ beschert. Die Ungewissheit sowie zunehmenden Ängste und Sorgen der Bürgerinnen und Bürger bilden einen perfekten Nährboden für Populisten, wie es vergangene Wahlen im In- und Ausland leider gezeigt haben. Und so ist wohl die schlimmste aller Krisen die Vertrauenskrise.

Lassen Sie es mich gleich vorweg sagen: Ich vertraue darauf, dass wir viele dieser Probleme hier vor Ort lösen können.

Ja, es sind herausfordernde Zeiten für Hauptverwaltungsbeamte, Kämmerer und Kommunalpolitiker, die durch schwindende finanzielle Handlungsspielräume erheblich in ihrem Wirken eingeschränkt werden. Doch gerade in schwierigen Zeiten macht es keinen Sinn, den Kopf in den Sand zu stecken, in Fatalismus zu verfallen oder in den Chor der Pessimisten einzustimmen. Nicht jedes mediale Problem ist gleich eine Staatskrise.

Ja, es gibt erhebliche strukturelle Defizite und zugleich eine stetig steigende Aufgabenflut, die auf die Kommunen zurollt. Wir können uns über Langeweile wahrlich nicht beklagen!

Aber ich vertraue auf ein gutes Team im Rathaus, eine gute und sachlich-konstruktive Arbeit in unseren Ausschüssen und die hoffentlich bald einsetzende Erkenntnis bei den Verantwortlichen im Bund und Land, dass es für eine wehrhafte Demokratie und ein funktionierendes Gemeinwesen starke Kommunen braucht, die auskömmlich ausgestattet und von überflüssiger Bürokratie befreit sein müssen, um die wichtigen Zukunftsthemen angehen zu können.

Und das ist unsere Ausgangslage:

Gerade haben wir den Abschluss für das Haushaltsjahr 2022 festgestellt. Fast 5 Mio. € konnten als Überschuss der Ausgleichsrücklage zugeführt werden. Auch die Corona-Jahre 2020 und 2021 schlossen – wider Erwarten und negativer Prognosen – mit positiven Ergebnissen ab. Ja, und auch für das laufende Jahr 2023 rechnet die Kämmerei mit einem Überschuss von rd. 1,75 Mio. € (*kalkuliert worden war noch mit einem Defizit in Höhe von -2,8 Mio. €*). Wir werden in das kommende Jahr 2024 wohl mit einer stabilen Ausgleichsrücklage in Höhe von etwas mehr als 18,6 Mio. € und mit rd. 22 Mio. € finanziellen Rücklagen gehen – die Finanzanlagen in Höhe von rd. 6,8 Mio. € (u. a. für Pensionsfonds) sind hierin noch nicht eingerechnet.

Schaut man auf die letzten Jahre zurück, so sticht insbesondere die außerordentlich positive Entwicklung der eigenen Gewerbesteuer aus dem Krisengeschehen heraus. Ein Effekt, der vorrangig auf die erfolgreiche Ansiedlungspolitik und Unternehmensakquise der letzten Jahre zurückzuführen

ren ist. Dieses spiegelt sich z. B. auch in der Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze in unserer Gemeinde wider. Hier verzeichnen wir seit 2016 durchgehend prozentuale Steigerungsraten, die deutlich oberhalb des Landesdurchschnitts liegen. Ende 2022 waren 5.931 sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse in unserer Gemeinde gemeldet (zum Vergleich: 2016 lag diese Zahl bei 4.600; also ein Anstieg um +29% in 6 Jahren).

Sind also die „**fetten Jahre**“ vorbei, wie Kreisdirektor Dr. Linus Tepe im Rahmen seiner Ausführungen zum Kreishaushalt 2024 hervorhob?

Ich hoffe und glaube wirklich nicht, dass die gute wirtschaftliche Entwicklung in unserer Gemeinde vorbei ist, auch wenn sich die konjunkturelle Lage zurzeit etwas eintrübt. Viele aktuelle Gewerbeansiedlungen werden erst in den kommenden Jahren hier Steuern entrichten. Ich glaube eher, dass uns die „**fetten Ausgaben**“ zu schaffen machen werden, die sich durch entsprechende gesetzliche Standards, immer neue Aufgaben sowie die hohe Inflation ergeben.

Und daher kalkulieren gerade alle Städte und Gemeinden im wirtschaftsstarken Kreis Coesfeld mit erheblichen Defiziten für das kommende und die folgenden Jahre. Und so habe ich eine gute und eine schlechte Nachricht für den Haushalt 2024.

Zunächst die gute: Im nächsten Jahr ist die Gemeinde Senden abundant, d. h. aufgrund der anhaltend guten Gewerbesteuerentwicklung sind wir aktuell nicht mehr auf Schlüsselzuweisungen vom Land angewiesen. Wir planen äußerst optimistisch mit Gewerbesteuererträgen i. H. v. rd. 15,4 Mio. €, also rd. 3,5 Mio. € mehr als noch für dieses Jahr veranschlagt. Ein außerordentlich hoher Wert – und eine Entwicklung, auf die wir stolz sein dürfen!

Doch nun die schlechte Nachricht: Trotzdem weist dieser Haushalt mit einem Defizit von rd. 4,1 Mio. € einen hohen Verlust aus. Und leider muss auch in den kommenden Jahren mit Defiziten gerechnet werden.

Aber ich will Sie beruhigen: Denn dieser Haushalt ist deshalb nicht von „sozialer Kälte“ gekennzeichnet.

Ganz im Gegenteil: Die Transferaufwendungen, also diejenigen Aufwendungen, die ohne konkrete Gegenleistung an andere ausgezahlt werden (vorrangig Sozialtransfers), steigen um rd. 4,0 Mio. € ggü. dem Vorjahr auf rd. 24,9 Mio. € an. Die Transferaufwandsquote liegt mit 41,3% deutlich über den Werten der vergangenen Jahre. Doch leider sind hiermit keine spürbaren Standardverbesserungen vor Ort verbunden. Mit Ausnahme der inflationsbedingten Erhöhungen der Zuschüsse an den Ökumenischen Jugendtreff für die Offene Kinder- und Jugendarbeit (+30.000 €) und an den Verein Jugend, Schule, Kids & Co. für den Betrieb der OGS (+60.000 €), wurde vor Ort lediglich der Zuschuss an die Flüchtlingshilfe (+14.400 €) erhöht, um dem erhöhten Unterstützungsbedarf aufgrund der gestiegenen Flüchtlingszahlen gerecht zu werden.

Zur Wahrheit gehört nämlich: Fast 3,2 Mio. € gehen auf die Erhöhung der Kreisumlagen, weitere rd. 200 T€ auf höhere Aufwendungen zur Versorgung Geflüchteter zurück. Wie bereits im letzten Jahr weisen wir Rekord-Sozialleistungen aus – man findet den Großteil hiervon aber nicht unmittelbar in diesem Haushalt, sondern über die deutlich gestiegenen Umlagen in den Haushalten beim Kreis und Landschaftsverband wieder, im Wesentlichen finanziert durch die kommunale Ebene.

Und hier ist etwas „*faul im Staate Dänemark!*“, wie Shakespeare sagen würde, um mal den Begriff „*Staatskrise*“ neu aufzunehmen.

Unser System ist auf immer weiteres Wachstum ausgelegt, um die politisch gesetzten Standards tragen zu können. Gleichzeitig sind enorme Investitionen in das Bildungswesen sowie für die digitale und ökologische Transformation erforderlich. Die staatlichen Haushalte stehen an einem Kippunkt, was das zu leistende Angebot auf der einen und die finanziellen und personellen Ressourcen auf der anderen Seite betrifft. Die strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen ist offensichtlich. Es steht nicht weniger als die kommunale Handlungsfähigkeit auf dem Spiel.

Vor dem Hintergrund haben sich die Bürgermeister/innen in NRW bereits Mitte September 2023 mit einem „Brandbrief“ an den Ministerpräsidenten gewandt. Zu oft und fortwährend haben Bund und Land in der Vergangenheit Vereinbarungen zulasten Dritter – der Städte und Gemeinden – getroffen. Mir kommt es manchmal so vor, als ob die Gemeinden als „Ausfallbürge“ für alles und jeden eintreten. Erschwerend kommt hinzu, dass wir in NRW den höchsten Kommunalisierungsgrad an staatlichen Leistungen haben, sodass die Kommunen in NRW mehr und mehr zum „Bundessozialamt“ verkommen.

Kommunen sind nicht die unterste Ebene des Staates, NEIN - sie sind die erste Ebene. Daher hoffe ich stark, dass trotz der schwierigen Haushaltslage bei Bund und Land die Kommunen nicht vergessen werden.

Nun aber ein Blick auf die Eckpunkte des Haushaltsplanentwurfs:

Der Ergebnisplan weist Gesamterträge in Höhe von rd. 56,0 Mio. € auf (2023: rd. 52,1 Mio. €). Dagegen stehen Gesamtaufwendungen in Höhe von rd. 60,1 Mio. € (2023: rd. 54,9 Mio. €). Da die Aufwendungen (+9,6%) stärker wachsen als die Erträge (+7,6%), wird ein Defizit von -4,1 Mio. € ausgewiesen.

Was sind die wesentlichen Gründe hierfür?

1. Die Umlagen an Kreis und LWL steigen.

Die Kreisumlagen steigen auf den Höchstwert von rd. 18,2 Mio. € (+3,2 Mio. € bzw. ein Anstieg von +21% ggü. 2023).

Mittlerweile führen wir rd. 51,3% unserer erwirtschafteten Steuern an den Kreis wieder ab (ggü. 46,4% im IST 2022).

[Der Kreistag hat am 05.12.2023 den Kreishaushalt mit gegenüber der Einbringung verringerten Hebesätzen verabschiedet. Hieraus ergibt sich ein positiver Effekt von rd. 250.000 € für die Gemeinde Senden, welcher hierin noch nicht enthalten ist.]

2. Mit diesen hohen Steigerungsraten bei den Umlageverbänden kann auch das optimistische Wachstum bei den eigenen Steuererträgen (+4,14 Mio. € ggü. 2023) nicht mithalten.

[Bei der Steuerprognose wurden die Orientierungsdaten des Landes NRW herangezogen. Diese enthalten dabei aber (noch) nicht alle aktuell laufenden bundesgesetzgeberischen Veränderungen. So sind v. a. die Auswirkungen des Wachstumschancengesetzes und anderer Gesetze, welche deutliche Einnahmeausfälle auf kommunaler Ebene mit sich bringen können, noch nicht eingepreist.]

3. Die Personalaufwendungen (brutto) steigen gegenüber dem Vorjahr um rd. 1 Mio. € (+9,6%) auf 12 Mio. € an. Ursächlich hierfür sind vorrangig die beschlossenen Tarifsteigerungen.

Dabei ist der Personalhaushalt trotz der multiplen Krisensituation und zusätzlicher Aufgaben knapp bemessen und die Personalintensität bleibt mit 20,08% in etwa auf Vorjahresniveau und im Rahmen des gesteckten strategischen Haushaltsziels.

Viele der negativen Einflüsse auf diesen Haushalt können wir kaum beeinflussen.

Finanzplan / Investitionen

Neben dem Defizit im Ergebnisplan weist der Finanzplan einen noch höheren Zuschussbedarf aus. So wird für das Jahr 2024 auch aufgrund der hohen Investitionsausgaben in Höhe von rd. 24,1 Mio. € (!) ein Finanzmittelrückgang von rd. 14,1 Mio. € angenommen. Auch die Finanzplanungsjahre 2025 bis 2027 sind von sehr hohen Investitionsansätzen geprägt (2025: 17,5 Mio. €; 2026: 26,9 Mio. €; 2027: 14,1 Mio. €).

In den Jahren 2026 und 2027 ist daher vorsorglich eine Investitionskreditaufnahme in Höhe von insgesamt 21,5 Mio. € eingeplant. Dafür sind auch erstmalig Zinsaufwendungen im Finanzplanungszeitraum eingestellt. Für das Jahr 2024 hingegen planen wir angesichts der allgemeinen Zinsentwicklung und des Guthabenbestandes Zinserträge in Höhe von rd. 600 T€ ein; immerhin 1,1% der Gesamterträge.

Ob diese Kreditaufnahme überhaupt und in voller Höhe ab 2026 notwendig werden wird, hängt auch davon ab, wie zügig die Investitionsvorhaben abgearbeitet werden können.

Der Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit, sozusagen das Verwaltungskerngeschäft, wird in 2024 (sowie in den Folgejahren bis 2026) voraussichtlich negativ ausfallen. Und hier liegt die eigentliche Krux!

Sollten hier perspektivisch keine Überschüsse erwirtschaftet werden, weil über 50 Cent von jedem selbst erwirtschaftetem Euro an den Kreis abzuführen sind, dann fehlt dieses Geld für entsprechende Investitionen.

Schulen

Hohe Investitionen finden sich im Schulbereich, hier vor allem zur Umsetzung des aktuellen Schulentwicklungsplanes, wieder.

Insgesamt wollen wir in den Jahren 2024 bis 2027 rd. 18,2 Mio. € in den Bildungsstandort vor Ort investieren und weitere rd. 4,7 Mio. € in der baulichen Unterhaltung umsetzen.

Hiervon gehen rd. 15,6 Mio. € auf die Schulentwicklungsplanung zurück:

- Mariengrundschule: 4,6 Mio. € (2024 – 2026)
- Bonhoefferschule: 3,3 Mio. € (2024 – 2027)
- Davertschule: 1,025 Mio. € (2024 – 2026)
- zentrale Campusmensa im Schulpark: 6,4 Mio. € (2024 – 2027)

Weitere Mittel werden außerhalb der Finanzplanung noch benötigt.

Angesichts der Haushaltslage muss die Frage erlaubt sein, ob alle Maßnahmen so umgesetzt werden können. Denn bis heute fehlt es an Vorgaben des Landes zum OGS-Ausbau, wodurch sich Bund und Land – trotz Festlegung auf einen Rechtsanspruch ab 2026 – bewusst ihrer Verpflichtung zur Finanzierung diese Aufgabe entziehen. Gleiches gilt übrigens für die Schul-IT-Ausstattung. Bis heute sind Tablets noch nicht einmal offizielle Lernmittel! Die bisher angekündigten pauschalen Zuweisungen (für OGS und Digitalpakt) decken nicht einmal einen Bruchteil der erforderlichen Ausgaben. Für die Schul-IT an den weiterführenden Schulen sind in 2024 übrigens rd. 366 T€ veranschlagt.

Klimaschutz und Mobilität

Im Jahr des Krisenmodus wird schnell vergessen, dass die größte Herausforderung wohl die Klimakrise ist. Mit der Verabschiedung des Flächennutzungsplanes Windenergie haben wir die planerischen Voraussetzungen für eine ausreichende Versorgung mit regenerativer Energie in unserer Gemeinde geschaffen. Leider dauern die Genehmigungsprozesse noch immer zu lange. Aber aktuell befinden sich zwei Windenergieanla-

gen (WEA) im Bau, zwei weitere Genehmigungen liegen seit Sommer dieses Jahres vor. Mit der Realisierung ist im kommenden Jahr zu rechnen. Für insgesamt zehn weitere WEA sind mittlerweile Bauanträge beim Kreis Coesfeld gestellt worden. Weitere fünf Anlagen, so wissen wir im Rathaus, befinden sich in der Vorprüfung. Des Weiteren liegen einige Anträge auf Realisierung von Freiflächen-PV-Anlagen (FFPV) vor. Aufbauend auf dem Leitfaden des Kreises Coesfeld erarbeiten wir zurzeit selbst ein Konzept zur Durchführung von Bauleitplanverfahren zur Errichtung von FFPV (in nicht privilegierten Lagen). Die politische Beratung ist in den nächsten Sitzungen des Bau- und Planungsausschusses vorgesehen.

Die Errichtung von sechs PV-Anlagen auf diversen gemeindlichen Liegenschaften (mit Bundesförderung) ist endlich auf der Zielgeraden. Für weitere Anlagen stehen 350 T€ im Haushalt 2024 zur Verfügung. Ebenfalls sind Mittel für einen Stromverbund im Schulpark veranschlagt. Nachdem nach über sechs Monaten endlich der förderunschädliche vorzeitige Maßnahmenbeginn zur Umrüstung der sog. Schuch-Straßenlaternen auf LED-Leuchtenköpfe bewilligt worden ist, wurde der Auftrag (rd. 400 T€) in diesem Monat erteilt. Mit der Umsetzung ist im 1. Halbjahr 2024 zu rechnen. Für die weitere Umrüstung und neue Laternen sind für 2024 rd. 477 T€ veranschlagt. Die Umrüstung der letzten rd. 900 Mastansatzleuchten auf LED soll dann 2025 (500 T€) erfolgen.

Der Förderbescheid für die Erstellung eines Wärmeverbundes mit einem zentralen Holzhackschnitzel-Kraftwerk im Schulpark liegt vor, die Maßnahme wurde ausgeschrieben und der Bauantrag gestellt. Mit der Umsetzung kann nun zeitnah begonnen werden. Für die Erreichung der eigenen Klimaziele ist auch die Biomasse und der Energieträger „Holz“ unverzichtbar, wie zuletzt noch deutlich im Klima-, Umwelt- und Mobilitätsausschuss herausgestellt worden ist. Wir werden mit dieser Maßnahme jährlich rd.

90% der CO₂-Emissionen im Wärmeverbund einsparen und zugleich unabhängiger vom Erdgas werden. – Eine wichtige und richtige Maßnahme für den Klimaschutz und die Versorgungssicherheit!

Um Anreize für private Klimaschutzmaßnahmen zu setzen, sind – trotz des geplanten Defizits – auch in 2024 wieder 100 T€ im Klimaschutzbudget veranschlagt – 50 T€ konsumtiv, 50 T€ investiv.

Als Maßnahme zur Klimafolgenanpassung und für die Optimierung der Regenwasserkalkulation im Sportpark sind rd. 1,07 Mio. € im Haushalt veranschlagt. Da mit dieser Maßnahme auch eine deutliche Entsiegelung und Regenrückhaltung (Gründach, Mulden und Rigolen) verbunden ist, prüft der Fachbereich IV zurzeit mögliche Förderzugänge auf Bundes- und Landesebene. Für die im Rahmen des ISEK durchzuführenden Kanalisationsmaßnahmen sind weitere 950 T€ vorgesehen.

Mit dem im letzten Monat beschlossenen Radverkehrskonzept haben wir uns ehrgeizige Ziele in der klimafreundlichen Mobilität gesetzt. So soll der Radverkehrsanteil bis zum Zielszenario 2030/2035 von bisher 29% auf dann 39% Anteil am Modal-Split erhöht werden. Auch der Anteil der Strecken, die mit dem ÖPNV zurückgelegt werden, soll sich auf 10% (bisher 7%) am Modal-Split erhöhen. Hierfür müssen in den kommenden Jahren personelle und finanzielle Ressourcen für den Um- und Ausbau von Radwegen bereitgestellt werden. Die Verwaltung wird hierzu erste priorisierte Maßnahmen vorschlagen. Die Einrichtung weiterer Fahrradstraßen – wie im Radverkehrskonzept angedacht – kann dabei ein erster kostengünstiger Schritt sein.

Leider stehen weitere wichtige Ausbaumaßnahmen, wie z. B. der Ausbau einer Veloroute entlang des Dortmund-Ems-Kanals, aufgrund ungewisser

Bundesförderungen momentan in den Sternen. Ebenso ist die 90-%-Förderung der kommunalen Wärmeplanung aufgrund des aktuellen Bundesverfassungsgerichtsurteils (und der Auswirkungen auf den Klimatransformationsfonds) aktuell nicht sicher.

Das BueLaMo mit den Bausteinen X90, kommit-shuttle, Mobilstation und Car-Sharing sowie die Einführung des Deutschlandtickets bieten sehr gute Voraussetzungen, um das gute ÖPNV-Angebot in unserer Gemeinde noch attraktiver zu machen. Die Mobilitätsbeauftragte Melanie Gülker arbeitet in enger Abstimmung mit der RVM, dem BBS sowie den politischen Vertretern im AK ÖPNV an einer nachhaltigen und bezahlbaren Nachfolge für das kommit-shuttle, dessen Förderung im kommenden August ausläuft. Hierfür steht ebenfalls ein zusätzlicher Haushaltsansatz zur Verfügung, ebenso für die Anschaffung eines neuen Bürgerbusses. Erste Vorschläge sollen im Rahmen der Haushaltsplanberatungen erörtert werden.

Wohnen, arbeiten und klimafreundliche Mobilität werden im neuen Baugebiet Huxburg konsequent zusammen gedacht. Durch die neue Fahrradstraße Richtung Münster ist nicht nur das neue Baugebiet sehr gut angebunden. Mit der Anlegung eines neuen Mobilitätsstandortes im Baugebiet Huxburg an der B 235 wird ein sehr komfortabler Umstieg auf den S90/X90 (nach Münster oder Lüdinghausen) ermöglicht. Hierfür sind rd. 1,25 Mio. € im Haushalt veranschlagt, die vollständig aus Projektmitteln finanziert werden. Durchgeführt wird diese Maßnahme jedoch von Bediensteten der Gemeinde.

Wohnbauliche Entwicklung

Mit dem Ausbau des Mobilitätspunktes Huxburg/B235 einher geht der Umbau der B235 zwischen dem bisherigen Kreisverkehr bis zur Einmündung

Sennekamp. Mit dem Straßenbau, welcher zusätzliche Abbiege- und Busspuren sowie eine neue Signalanlage in der Einfahrt zum Baugebiet vorsieht, wird im kommenden Monat begonnen. Hierfür sind gemeindliche Mittel i. H. v. 2,1 Mio. € im Haushalt 2024 angesetzt.

Deutschlandweit und vor allem in Boom-Regionen wie dem Münsterland und unserer Stadtregion fehlt bezahlbarer Wohnraum. Der Druck aus dem Oberzentrum Münster, die starke Flüchtlingsmigration der letzten zwei Jahre und auch die vielen neu geschaffenen Arbeitsplätze in unserer Gemeinde erhöhen dabei die Nachfrage nach Wohnungen.

Die Fortschreibung der Pestel-Wohnungsmarkt-Studie belegt genauso wie die Wohnungsmarktbeobachtung in der Stadtregion den Mangel an Wohnungen in Senden. Auch die stark gestiegenen Preise für Immobilien und Baugrundstücke sind ein Beleg hierfür. Die große soziale Aufgabe wird es daher in den nächsten Jahren sein, ausreichenden, passgenauen und vor allem bezahlbaren Wohnraum zu entwickeln. Daher ist es gut, dass sich der Gemeinderat bereits im Juni dazu verpflichtet hat, als Zielgröße mindestens 3% des Wohnungsbestandes als öffentlich geförderte Wohnungen vorzuhalten. *[Die Notwendigkeit einer gemeindlichen Betätigung im Bereich des Wohnungsbaus haben wir vorhin noch einmal mittels Beschluss bestätigt.]* Auch ist es richtig, dass wir im Baugebiet Huxburg neben dem klassischen Einfamilienhaus auch viele Reihenhaushaus- und auch einige Mehrfamilienhausgrundstücke anbieten können – und zwar sowohl durch die Gemeinde Senden als auch durch private Eigentümer.

Um hier von den planerischen Voraussetzungen in eine möglichst zügige und gute Umsetzung zu kommen, haben wir in dieser Sitzung beschlossen, die Gründung einer gemeinsamen Wohnungsbaugesellschaft mit

dem Kreisbauverein (der Wohnbau Westmünsterland eG) und der Sparkasse Westmünsterland vertiefend zu prüfen. Ich bin froh, dass wir damit ein starkes Signal nach außen setzen, dass wir die Bekämpfung des Wohnungsmangels aktiv angehen wollen. Des Weiteren bin ich überzeugt davon, mit den regional verwurzelten Unternehmen Sparkasse und Wohnbau Westmünsterland hier zwei bekannte, kompetente und starke Partner an unserer Seite zu haben. Letztendlich wird es darauf ankommen, hier partnerschaftlich und auf Augenhöhe möglichst zeitnah attraktiven und bezahlbaren Wohnraum errichten zu können. Dabei stellt die Zusammenarbeit mit diesen beiden Partnern ein weiteres Standbein dar, um unsere Ziele zu erreichen zu können.

Neben dieser Zusammenarbeit bereiten wir gerade auch eine Konzeptvergabe für ein größeres Mehrfamilienhausprojekt (Grundstück B2 im 2. Bauabschnitt des BG Huxburg) vor. Im Ortsteil Bösensell soll im Wege der Nachverdichtung ein ca. 1,3 ha großes Grundstück der Kirchengemeinde wohnbaulich und für die Errichtung einer neuen Kindertagesstätte entwickelt werden. Und im Ortsteil Ottmarsbocholt wird nach zwei Planungsworkshops mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern im Frühjahr das Bebauungsplanverfahren für das neue Baugebiet „Hörsken“ fortgeführt. Neu in den Geltungsbereich mit aufgenommen wird eine verkehrliche Anbindung dieses Gebietes an die Venner Straße. Und natürlich wird auch dieses Baugebiet Platz für eine weitere Tagesstätte vorsehen.

Apropos KiTa: Mit der Erweiterung der Tageseinrichtung Huxburg um zwei weitere Gruppen werden zum kommenden Kindergartenjahr ausreichend KiTa-Plätze zur Verfügung stehen, ja sogar ein kleiner Puffer für unterjährige Aufnahmen. Die Versorgung ist damit besser als in vielen benachbarten Orten. Damit aus der KiTa-Krise jedoch keine *KiTastrophe* wird, müs-

sen auch in Zukunft ausreichende und gut bezahlte Erzieherinnen und Erzieher zur Verfügung stehen. Eine auskömmliche Finanzierung der Träger und der Kommunen durch das Land ist dabei unerlässlich.

Für die wohnbauliche Entwicklung in Ottmarsbocholt und Bösensell stehen Ansätze für Planungsleistungen, Grunderwerb sowie Erschließung in der Finanzplanung. Aufgrund der deutlich verringerten Flächenkontingente im neuen Regionalplanentwurf werden wir die Planung für das Baugebiet Hörsken jedoch von 8 auf 6 ha verkleinern müssen.

Eine kleine Randnotiz hierzu: Nach der von uns kritisierten neuen Einwohnerprognose von it.NRW, die Grundlage für die Flächenkontingente ist, liegt die Bevölkerungszahl für Senden im Jahr 2025 bei 20.135 Einwohnern. Zum 30.06.2023 liegt die tatsächliche Einwohnerzahl in Senden It. it.NRW bereits bei knapp 21.000 Einwohnern. Mit der fortschreitenden Hochbautätigkeit in Huxburg wird die Bevölkerung Sendens weiterwachsen. Diese Prognose ist widerlegt, bevor der neue Regionalplan überhaupt in Kraft tritt.

ISEK und weitere größere Maßnahmen

Weitere 4,1 Mio. € sind für die Fortführung und damit den Abschluss der ISEK-Maßnahmen im Ortskern veranschlagt. Im Produkt 090101 Räumliche Planung und Entwicklung sind zudem 20.000 € für externe Beratungsleistungen für eine mögliche Fortführung des ISEK eingestellt.

Zur weiteren Entwicklung und Erschließung künftiger Misch- und Gewerbegebietsflächen in Bösensell ist die Anlegung eines sechsarmigen Kreisverkehrs im Kreuzungsbereich der L550/L551 vorgesehen. Hierfür finden sich 1,5 Mio. € im Haushalt 2024. Mit der Umsetzung kann jedoch erst begonnen werden, wenn die Straßensanierung und der Radweg nach Albachten fertiggestellt worden sind.

Für den Straßenausbau einschließlich Kanalsanierung der Espelstraße sind insgesamt 1,11 Mio. € eingestellt. Da das Land NRW die Straßenausbaubeiträge abschaffen möchte, werden hier voraussichtlich keine Anliegerbeiträge mehr fällig.

Zwei wichtige Bauprojekte sollen 2024 beginnen. Für den neuen Bauhof sind 2 Mio. € sowie weitere 2,9 Mio. € in 2025 eingestellt. Ebenso stehen Mittel für den Skate-&-Bike-Park (einschl. LEADER-Förderung) im Plan.

Katastrophenschutz

Der Katastrophenschutz und die kommunale Vorsorge sind spätestens seit dem vergangenen Jahr in allen Gemeinden in den Fokus gerückt. Die Palette der Ereignisse ist breit – von Stromausfällen, Cyber-Angriffen oder Extremwetterereignissen. Wir haben in 2023 verschiedene Notstromaggregate angeschafft und die Stabsarbeit intensiviert. Die Ausweitung des Sirennennetzes ist endgültig für 2024 vorgesehen. Im neuen Bauhofs soll perspektivisch ein Tanklager eingerichtet werden (0,2 Mio. € in 2025).

Der Hackerangriff auf ein kommunales Rechenzentrum in Südwestfalen zeigt, wie wichtig es ist, diese kritische Infrastruktur zu schützen. Das erfordert aber auch entsprechende Personalressourcen. Die citeq plant hier z. B. im kommenden Jahr 38 neue Stellen einzurichten.

Fazit:

Der Ihnen vorliegende Haushaltsplanentwurf ist gezeichnet durch erheblich gestiegene Transferaufwendungen. Die strukturelle Unterfinanzierung der kommunalen Ebene wird durch immer neue Aufgaben sowie steigende Umlagen immer größer.

Gleichzeitig gilt es, die zentralen Zukunftsaufgaben anzugehen. Dafür setzt der aktuelle Haushaltsentwurf die richtigen Akzente mit Investitionen in den Schulstandort, in neue Tageseinrichtungen, in das Ehrenamt, in

den Katastrophenschutz, in den Wohnungsbau, in den Klimaschutz oder in die Digitalisierung vor Ort und noch so einiges mehr.

Und das ist das zweite charakteristische Merkmal: Wir investieren viel! Dabei sollten wir bedenken, dass neben den Finanzen auch die personellen Ressourcen für die Umsetzung knapp sind. Einige Maßnahmen werden – das zeigt die Erfahrung der Vergangenheit – einen längeren Planungs- und Umsetzungszeitraum benötigen, als wir hier veranschlagen. Bitte berücksichtigen Sie bei den Haushaltsberatungen die vielen bereits geplanten und beschlossenen Investitionen und zugleich die besondere finanzielle und personelle Situation im Rathaus.

Zum Schluss meiner Rede möchte ich den Beschäftigten im Rathaus danken. Die letzten Jahre haben uns allen viel abverlangt – und auch die kommenden Jahre werden wohl arbeitsintensiv. Doch mit diesem Team kann man die Herausforderungen mutig angehen! Wir können Krise!

Auch Ihnen, sehr geehrte Mitglieder des Gemeinderates, möchte ich für die konstruktive Zusammenarbeit in turbulenten Zeiten danken! Ich freue mich auf konstruktive Haushaltsberatungen in den Fraktionen und Fachausschüssen. Sollten Sie Fragen zum Haushaltsplanentwurf haben, scheuen Sie sich nicht, das Team der Kämmerei anzusprechen!

Ich wünsche Ihnen frohe und besinnliche Feiertage und möchte meine Haushaltsrede mit einem Zitat von Thomas Huxley enden:

„Sparsamkeit besteht nicht daraus, Geld zu sparen, sondern darin, es klug auszugeben.“

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Sebastian Träger